
Date: 14.05.2013

Freiburger Nachrichten



Der Staatsrat weist den Weg zur gesunden

Vor einem halben Jahr sah die Zukunft der kantonalen Finanzen noch düster aus. Über die nächsten drei Jahre würden 630 Millionen Franken So weit hat es die Regierung nicht kommen lassen. Der Staatsrat hat **Sparmöglichkeiten** gesucht, um die ärgsten Sorgen zu beheben. Das



Der gesamte Staatsrat hat vor den Medien aufgezeigt, wie die Staatsfinanzen wieder ins Lot gebracht werden sollen.

Bild Alain Wicht

URS HAENNI

Es kommt nicht häufig vor, dass der Gesamtstaatsrat vor die Medien tritt, nun ist es aber zweimal in kurzer Zeit vorgekommen: Ende November 2012 bei der Vorstellung des Legislaturprogramms und des Finanzplans bis 2016 präsentierte er ein kumuliertes Defizit der Erfolgsrechnung von 630 Millionen Franken.

Inzwischen haben die Regierungsmitglieder den Rotstift in die Hand genommen und gestern den Medien die Folgen

präsentiert: Mehreinnahmen und Einsparungen verbessern die Rechnung über die kommenden drei Jahre um 435 Millionen Franken. Noch immer braucht es einen Effort für ausgeglichene Rechnungen, doch sollte dieser in den einzelnen Budgetplanungen geleistet werden.

298 Vorschläge

Strukturmassnahmen aufgrund eines defizitären Finanzplans habe es schon in vergangenen Legislaturen gegeben,

erinnert sich Staatsrätin Isabelle Chassot. Damals habe man einfach linear die Budgets gekürzt. Nun aber hat die Regierung eine akribische Überprüfung sämtlicher Bereiche vorgenommen. Vier Arbeitsgruppen mit je zwei Regierungsmitgliedern haben geschaut, welchen Anteil sie an die Gesundung der Staatsfinanzen beitragen können. Die Arbeitsgruppen teilten sich nach folgenden Themengebieten auf: Einnahmen, Personal, Subventionierung, Projekte und Reformen.

Das Ergebnis lässt sich sehen: 298 Massnahmen haben die vier Arbeitsgruppen ausgearbeitet; 131 davon werden ab 2014 umgesetzt, 60 weitere geprüft. Wie Staatsratspräsidentin Anne-Claude Demierre erklärte, gehen die erarbeiteten Strukturmassnahmen nun einen Monat in die Vernehmlassung. Der Grosse Rat wird im September darüber beraten, und im besten Fall tritt ein Grossteil am 1. Oktober in Kraft. Die Auswirkungen dürften sich Jahr für Jahr verstärken: 2014 rechnet der Staatsrat mit Verbesserungen von 114 Millionen, 2015 mit 143 Millionen und 2016 mit 177 Millionen Franken.

Bei der Umsetzung wird vieles davon abhängen, wie der Grosse Rat zum Vorschlag steht. Gemäss Demierre liegen 56 Prozent der Massnahmen in der Kompetenz des Grossen Rates und 44 Prozent direkt beim Staatsrat. 19 Massnahmen verlangen nach einer Gesetzesänderung, 14 weitere nach einer Änderung anderer legaler Grundlagen. Die Staatsratspräsidentin zeigte sich optimistisch, dass das

Parlament in die gleiche Richtung zieht wie die Regierung: «Wir haben mit der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission gute Kontakte gehabt und hoffen, dass wir das Paket im Rat durchbringen. Wir engagieren uns dafür, diese Massnahmen zu verteidigen.»

Kein Plan B

Finanzdirektor Georges Godel sagte, die Regierung habe keinen «Plan B». Auf die Frage eines Journalisten, ob es nicht taktisch geschickter wäre, dem Rat eine Steuererhöhung als Alternative anzubieten, sagte Godel: «Wir betreiben Politik, nicht Taktik.»

Anne-Claude Demierre bekräftigte gestern: «Der Staatsrat ist überzeugt von der Notwendigkeit dieser Massnahmen. Wir stehen zu unseren Entscheiden und übernehmen die Verantwortung dafür. Der Staatsrat steht geeint und solidarisch hinter den Struktur- und Sparmassnahmen.»

Tatsächlich hatte der Staatsrat keine andere Wahl, als zu handeln. Gleich zwei Punkte der Kantonsverfassung verpflichten ihn, der negativen Entwicklung der Staatskasse

entgegentreten: Die Verfassung verlangt eine ausgeglichene Rechnung. Bloss in einer aussergewöhnlichen konjunkturellen Lage kann die Regierung ausnahmsweise auf die Reserven zurückgreifen. Diese aussergewöhnliche Lage ist aber nicht vorhanden. Zudem dürfen die geleisteten Subventionen nicht über den Wert von 41 Prozent des Steueraufkommens klettern. Dieser Wert ist aber im Budget 2013 erstmals knapp überschritten worden.

Das nun vorgestellte Massnahmenpaket zeichnet sich durch Opfersymmetrie aus. Alle müssen ihren Beitrag zur Gesundung der Staatsfinanzen leisten, dafür wird keine staatliche Leistung gestrichen. «Welche Leistung sollten wir denn streichen?», fragte Anne-Claude Demierre. «Die Bedürfnisse der Bevölkerung sind da. Wir haben jedenfalls kein unnötiges Angebot entdeckt.»

Das Massnahmenpaket stützt auch das Prinzip, dass die vorhandenen Reserven von über 900 Millionen Franken nicht zur Sanierung der Staatsfinanzen verwendet werden. 60 Prozent der Reserven

finanziellen Zukunft

fehlen, und das staatliche Vermögen sei bald aufgebraucht. letzte Wort hat aber der Grosse Rat.

sind zweckgebunden, betonte Finanzdirektor Georges Godel. «Und wir wollen auch die notwendigen Investitionen tätigen können.»

Das Massnahmenpaket ist noch nicht komplett. Noch in diesem Frühjahr wurde eine fünfte Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich spezifisch mit der Bildung befasst. Der Bestand an Lehrpersonen lässt sich aufgrund der demografischen Entwicklung nicht wie in anderen Bereichen planen. Gemäss Erziehungsdirektorin Isabelle Chassot könnten aber eine Erhöhung von Klassenbeständen und bessere Effizienz durch grössere Schulkreise ebenfalls Resultate bringen. Bis im Herbst soll diese Arbeitsgruppe Vorschläge präsentieren.

Gemeinden profitieren

Ein Grundprinzip des Sparprogramms war, dass die Gemeindefinanzen nicht belastet werden, wie Staatsrätin Marie Garnier betonte. Auch dieses Ziel sei erreicht. Zwar werden vor allem durch Einschränkungen bei den Kantonsinterventionen die Gemeinden in diesem Punkt mehr zu tragen haben, dafür profitieren sie von Einsparungen beim Personal und den höheren Steuereinnahmen.

Bis 2016 werden dank den kantonalen Massnahmen auch die Gemeindekassen um mehr als 30 Millionen Franken entlastet.



Urs Haenni

KOMMENTAR

Gestärkt durch turbulente Zeiten

Oft sind es Krisenzeiten, die ein Team erst so richtig zusammenschweissen. Eine solche verschworene Regierungsmannschaft stellte sich gestern vor die Medien, um aufzuzeigen, welche Opfer nötig sind, damit die Staatsfinanzen die kommenden Jahre im Lot bleiben.

Der Auftritt war bemerkenswert: Jedes Regierungsmitglied trug seinen Teil zur Botschaft bei, die sich in der Bevölkerung und dem Parlament festsetzen soll. Nichts war zu spüren von Grabenkämpfen, mit denen einzelne Staatsräte den Besitzstand ihrer Direktionen unter allen Umständen hätten verteidigen wollen. Als Steuerfrau des Teams präsentierte sich Staatsratspräsidentin Anne-Claude Demierre, die durch ihr Amt zunehmend an Statur gewinnt.

Als Politik der kleinen Schritte hat die Regierungsmannschaft ihr Massnahmenpaket bezeichnet. Es wäre nicht infrage gekommen, auf einem Gebiet oder in einer Direktion besonders gravierende Einschnitte vorzunehmen. Niemand sollte als Verlierer und niemand als Gewinner daste-

hen. Immer wieder war von Opfersymmetrie die Rede. Dieses Prinzip gilt für die einzelnen Teile der Regierung, sie gilt aber zugleich für die gesamte Freiburger Bevölkerung. Jeder Bevölkerungsteil muss Interesse an gesunden Staatsfinanzen haben, deshalb sollen auch alle ihren Beitrag dazu leisten.

Der Universitätsstudent trägt mit 50 Franken Steuern dazu bei, auch wenn er kein Einkommen hat. Der Hundehalter zahlt 30 Franken mehr Hundesteuer. Das Staatspersonal hat in den letzten Jahren von Reallohnerhöhungen profitiert und verzichtet die nächsten Jahre darauf. Die Gemeinden bezahlen mehr für den öffentlichen Verkehr. Migranten zahlen nach in Sprachkursen. Gemeinden lassen sich Zeit mit Fusionen.

Nur wenn jeder seine Rolle akzeptiert, kann auch der Grosse Rat davon überzeugt werden, dass er seinen Teil zum Gesamtwohl beitragen muss. Profilierungsgehebe und parteipolitische Manöver haben da nichts mehr zu suchen. Es geht einzig darum, die gesunde Basis der letzten Jahre zu bewahren.

Steuern und Gebühren: Zehn Prozent mehr Eigenmietwert

Der Staatsrat hatte sich für seine Strukturmassnahmen das Ziel gesetzt, dass die Mehreinnahmen gegenüber den Mindereinnahmen mindestens ein Viertel ausmachen sollen. In den kommenden drei Jahren sollen durch Gebühren, Steuern, Abgaben und andere Einkünfte rund 130 Millionen Franken mehr in die Staatskasse fließen.

Insgesamt 75 Millionen Franken (25 Millionen pro Jahr) machen Mehreinnahmen bei den Steuern aus. Am meisten Mehreinnahmen bringt eine Aktualisierung des Eigenmietwertes. Seit 1993 sei dieser unverändert, erklärte Staatsrat Maurice Ropraz. Nun solle dieser in der Steuererklärung um zehn Prozent erhöht werden. Diese Massnahme alleine bringt über 15 Millionen Franken.

Ebenfalls positiv auf die Einkommenssteuern soll sich auswirken, dass der Abzug für

die Krankenkassenprämien mindestens für die nächsten drei Jahre eingefroren wird. Dies bringt total weitere 4,5 Millionen Franken. Der Staat plant weiter, von jedem Steuerpflichtigen eine Minimalsteuer von mindestens 50 Franken zu erheben, auch wenn kein Einkommen vorhanden ist. Der Staatsrat will in Zukunft jene Steuerzahler zur Kasse bitten, welche um eine Fristerstreckung bei der Einreichung der Steuererklärung nachsuchen oder die Steuern zu spät bezahlen.

Der Staatsrat schlägt weiter eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern um zehn Prozent vor. Zudem soll der Anteil der Gemeinden an der Motorfahrzeugsteuer herabgesetzt werden. Beides zusammen bringt bis 2016 rund 50 Millionen Franken. Erhöht werden sollen zudem die Hundesteuer, Jagd- und Fischereipatente und Parkgebühren. *uh*

Subventionen: Vergütungen für Sonderpädagogik reduziert

Von allen Ausgabekategorien haben die Finanzhilfen an Dritte in den letzten Jahren die stärkste Zunahme erfahren. Entsprechend will der Staatsrat versuchen, die im Finanzplan vorgesehenen Subventionserhöhungen zu kürzen.

Der Bereich «Gesundheit und Soziales» profitiert derzeit am meisten von kantonalen Subventionen. Entsprechend versucht die Freiburger Regierung, vor allem dort die in den nächsten Jahren vorgesehene Progression zu bremsen. Von rund 100 Millionen Franken Einsparungen fallen etwa 70 Millionen auf «Gesundheit und Soziales». Um insgesamt 25 Millionen Franken will der Kanton seinen Anteil an Kosten für Spitalleistungen verringern. Es handelt sich dabei um Leistungen allgemeinen Interesses. Knapp 17 Millionen Franken Sparpotenzial sieht die Regierung bei der Verbilli-

gung der Krankenkassenprämien für Personen, die Sozialhilfe beziehen. In den Pflegeheimen möchte der Kanton die Pensionspreise plafonieren und die Bettenzahl weniger stark ansteigen lassen.

Im Bereich der Sonderpädagogik schlägt der Staatsrat vor, dass er die Transportkosten für eine logopädische Behandlung den Eltern nicht mehr vergütet. Weiter will er für pädagogisch-therapeutische Leistungen privater Anbieter einen globalen Gesamtbetrag von höchstens vier Millionen Franken festlegen und ein Moratorium für neue Praxen einführen.

Sparpotenzial sieht der Staatsrat weiter beim öffentlichen Verkehr. Die Gemeindebeteiligung an der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs soll von 40 auf 45 Prozent steigen; der Kanton kann so über drei Jahre elf Millionen Franken sparen. *uh*

Personal: Eine neue Stelle pro Direktion und Jahr

Mit rund einem Drittel der Ausgaben hat der Staatsrat beim Personal Sparpotenzial ausgemacht. Tatsächlich will er durch seine Strukturmassnahmen bis 2016 rund 186 Millionen Franken im Bereich Personal einsparen. Er erreicht dies weder durch Personalabbau noch Lohnreduktion, sondern durch die Begrenzung des Personalbestandes und der Lohnentwicklung.

In den nächsten beiden Jahren wird bedeutend weniger neues Staatspersonal angestellt. Für 2014 und 2015 soll die Zentralverwaltung bloss je sieben neue Stellen schaffen können; eine Stelle pro Direktion. Dies spart kumuliert gegenüber dem Finanzplan 23,5 Millionen Franken ein.

Anpassungen gibt es auch beim Gehaltsindex. Während dieser aktuell beim Personal mit 109,6 Punkten berechnet wird, entsprach er durch eine

negative Inflation 2011 109,0 Punkten und 2012 108,6 Punkten. Es herrscht somit eine «Überindexierung», wie Staatsrat Erwin Jutzet es an der gestrigen Pressekonferenz ausdrückte. Das Personal habe somit aktuell 16,8 Millionen Franken gegenüber der Teuerung gewonnen. Der Staatsrat will nun bis zu einem Indexstand von 112 Punkten keinen Teuerungsausgleich mehr gewähren. Das Sparpotenzial beträgt damit über 74 Millionen Franken bis 2016.

Ebenfalls will der Staatsrat die Lohnprogression innerhalb der Gehaltsstufen bremsen. 2014 soll innerhalb einer Lohnstufe keine Erhöhung stattfinden; 2015 und 2016 soll die Erhöhung nur 50 Prozent betragen. Dies bringt Einsparungen von knapp 50 Millionen Franken. Ab 2017 will die Regierung die Abstufung auf 30 statt wie bisher 20 Gehaltsstufen aufteilen. *uh*



«Wir wollen mit dem Vermögen keine Löcher stopfen», sagt Georges Godel.

Bild Alain Wicht

«Ein strukturelles Problem»

Finanzdirektor Georges Godel (CVP) äussert sich zum Umgang des Staatsrates mit dem Vermögen und erklärt, warum es dem Kanton Freiburg an Steuererträgen fehlt.

NICOLE JEGERLEHNER

Die Freiburger Bevölkerung wächst – doch der Steuerertrag steigt nicht an. Wie

kommt das?

Wir stellen fest, dass wir ein Freiburger Problem haben. Die Steuern sind an sich stabil,

doch haben wir ein strukturelles Problem: Die Löhne sind nicht so hoch, dass auch der Steuerertrag steigt. Darum

müssen wir dafür sorgen, dass wir mehr Arbeitsstellen für Hochqualifizierte anziehen.

Die angekündigten Sparmassnahmen werden auf Widerstand stossen. Gleichzeitig verfügt der Kanton über Vermögen. Warum setzen Sie dieses nicht ein?

Wir brauchen einen Teil des Vermögens.

Aber nur jenen Teil, der bereits seit langem für bestimmte Investitionen

vorgesehen ist. Noch bleibt Vermögen übrig.

Wir hätten nicht genügend Vermögen, um das Defizit im Finanzplan bis 2016 zu stoppen. Wir brauchen wirklich ein Sparprogramm. Wir wollen mit dem Vermögen keine Löcher stopfen. Vielmehr möchten wir es für wichtige Investitionen nutzen. So behalten wir auch einen gewissen Spielraum.

Nun ist eine Sparrunde angekündigt. Für das Budget 2013

muss aber noch mehr eingespart werden. Machen Sie sich auf einen grossen Budgetstreit gefasst?

Der Budgetierungsprozess ist immer sehr intensiv. Wir werden die nötigen Entscheide treffen müssen. Klar ist: Die Finanzkommission würde es nicht akzeptieren, wenn wir wie im Budget 2012 unser Vermögen einsetzen würden, um ein ausgeglichenes Budget zu erhalten. Das heisst: Wir müssen sparen.

Reformen und Projekte:

Billiger durch das papierlose Büro

Im Vergleich zu den Themengebieten Steuern und Gebühren, Personal, Subventionen dürften Projekte und Reformen in den Verwaltungsabläufen kurzfristig keine spektakulären Resultate bringen. Die Zusammenstellung des Staatsrats sieht bis 2016 ein Optimierungspotenzial von bloss 18,5 Millionen Franken. Gemäss Staatsrat Beat Vonlanthen würden sich da Verbesserungen vor allem langfristig einstellen. Die Regierung plant dazu, ab 2015 Aufträge und Studien zu vergeben, welche zusätzliche Einsparungsmöglichkeiten aufzeigen sollen. Bereits beschlossen wurden strukturelle Massnahmen in bestimmten Bereichen der Universität. Ein neues Universitäts-Globalbudget soll über drei Jahre 7,7 Millionen Franken einsparen helfen.

Vordergründig sieht die Kantonsregierung die Möglichkeit, Geld durch E-Govern-

ment und bessere Informatisierung einzusparen. Bis 2016 errechnet er ein Potenzial von rund 3,5 Millionen Franken. Geschäfte auch in der Zusammenarbeit mit Dritten sollen noch mehr als bisher elektronisch abgewickelt werden. Dazu soll der Staat eine effizientere Drucksachenpolitik einführen. Mit dem Ziel eines möglichst papierlosen Büros dürfte sich die Anzahl Papierdrucker in der Kantonsverwaltung reduzieren.

Potenzial sieht die Kantonsregierung unter anderem bei den Gerichtsbehörden. Durch eine Neugliederung der Gerichte und Betreibungsämter sowie einer Kompetenzerweiterung der Einzelrichter könnten Gerichtskosten gespart werden. Auch will der Kanton mehr Strenge bei der Gewährung unentgeltlicher Rechtshilfe walten lassen. Das zusammen soll rund 4 Millionen Franken einsparen. *uh*